

Aufruf Demo 17.6., 18h - Konsti (LANGE VERSION)

Demo: 17.6.2026, 18 Uhr

Start: Konstablerwache

Im April kam es raus: Ein bisher internes 108-Seiten-Dokument belegt: Im Verborgenen planen Bundesregierung, Länder und Kommunen drastische Kürzungen: auf Kosten von Menschen mit Behinderungen, Kindern, Jugendlichen, Geflüchteten und Alleinerziehenden.

Diese neuen Kürzungen kommen nicht aus heiterem Himmel, sondern sind Teil einer großen Welle des Sozialabbaus – die größte seit der Einführung von Hartz IV 2003/2004 bzw. der Agenda 2010, die Merz, Klingbeil, Prien, Bas und Co. Schritt für Schritt umsetzen:

Kürzungen beim Wohngeld, bei den Honoraren von Psychotherapeut*innen, die Streichung von Geldern für Demokratieförderung und Schulen, keine Erhöhung des Bürgergelds bzw. der Grundsicherung, sondern zusätzliche Sanktionen, die Einführung der Bezahlkarte für Personen im Asylverfahren und vieles mehr betreffen immer größere Teile der Bevölkerung. Außerdem drohen eine Erhöhung des Renteneintrittsalters, ein Umbau und eine Reduzierung des Rentensystems, die Abschaffung des 8-Stunden-Tags sowie Einschnitte bei den gesetzlichen Krankenversicherungen, während die CDU-SPD-Landesregierung in Hessen an (Gesamt-)Schulen und Universitäten kürzt. Zugleich sieht das Bund-Länder-Dokument vom April vor, individuelle Rechtsansprüche auf Schulbegleitung zu streichen, das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen einzuschränken, die Nachbetreuung junger Erwachsener aus der Jugendhilfe abzuschaffen, unbegleitete geflüchtete Jugendliche ab 16 Jahren in Erwachsenenunterkünfte zu verlagern und den Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende zu kürzen. Viele dieser Maßnahmen greifen hart erkämpfte soziale und politische Errungenschaften an und treffen vor allem diejenigen, die in dieser Gesellschaft am stärksten auf Solidarität angewiesen sind.

Und gleichzeitig verfolgt die Regierung eine Politik, die unser Leben immer teurer macht: Anstatt günstige erneuerbare Energien für Strom und zum Heizen auszubauen, setzt Wirtschaftsministerin Reiche auf teures importiertes Gas. Die Mieten lässt die Bundesregierung fast ungebremst klettern, statt sie zu deckeln. Die Lebensmittelpreise steigen.

Hinzu kommt: Ab 2027 sinkt die Unternehmenssteuer, zugunsten der Reichen. Hier wird deutlich, für wen die Bundesregierung Politik macht - nicht für sondern gegen uns. Anders als CDU und SPD wollen wir nicht in einer Gesellschaft leben, in der die Reichen immer reicher werden und Alltag für die Mehrheit immer schwieriger wird. Hass uns Hetze fallen somit auf fruchtbaren Boden.

Das nehmen wir nicht hin! Kommt mit uns auf die Straße!

Mittwoch, 17. Juni 2026, 18 Uhr - Konstablerwache

**Wir wehren uns. Gemeinsam. Unteilbar – statt jede Gruppe für sich allein.
Denn hier geht es nicht mehr „nur“ um Kürzungen oder Sozialabbau.
Es geht darum, in was für einer Gesellschaft wir in Zukunft leben möchten.**

Wir wollen:

Eine solidarische Gesellschaft und keine Kürzungspolitik, die uns unserer sozialen Rechte beraubt und die akut Demokratie gefährdet.

Wir treten lautstark ein:

- Für einen Ausbau und eine Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme!
- Für die vollständige Umsetzung der UN-Behinderten- und der UN-Kinderrechtskonvention. Menschenrechte sind nicht verhandelbar.
- Für Umverteilung von oben nach unten. Reiche und Übergewinne stärker besteuern!
- Für eine gute öffentliche Infrastruktur mit bundesweitem 9-Euro-Ticket und kommunalen Stadtteil-Küchen.
- Für sicher finanzierte, kritische Bildung und Forschung. An Unis, an Schulen und in der Zivilgesellschaft.
- Für dauerhafte, höhere Finanzierung von Demokratieprojekten und sozialer Arbeit.

Kommt rum! Informiert Freund*innen, Kolleg*innen, Nachbar*innen!
Lasst uns zusammen auf die Straße gehen!

Wir stellen uns gegen die Attacken auf unsere sozialen Rechte:

Gemeinsam gegen die Kürzungen - für ein gutes Leben für alle!